



Proppevoll war der Sitzungssaal im Satdthaus am Doonnerstagabend. Eltern sowie Lehrer wollten die Diskussionen um die Raumnot an den Grundshculen hautnah verfolgenm.

WZ 25.03.17

„Das wäre räumlich eine klare Verschlechterung“

Sitzung des Schulausschusses / Lebhaftes Diskussionen um Grundschul-Standort

Von Joachim Decker

WILDESHAUSEN - Die Diskussionen um den Raummangel an den Wildeshäuser Grundschulen haben stets ein gewisse Brisanz. Nicht anders war es am Donnerstagabend im Schulausschuss, als Manfred Rebensburg (Grüne) von „Unterdrückung“ sprach, als der Punkt von der Tagesordnung genommen werden sollte. Dieser bezog sich auf einen Antrag der Fraktion Grüne/Piraten, wonach die St.-Peter-Schule an den Standort der Hunte Schule wechseln soll.

Ausschussvorsitzender Hermann Hitz (UWG) formulierte, dass es eine demokratische Entscheidung wäre, wenn der Punkt abgesetzt würde. „Das wäre nicht demokratisch, sondern Unterdrückung. Wir müssen dieses Thema zeitnah und öffentlich beraten“, betonte Rebensburg. Nicht umsonst sei der Sitzungssaal proppevoll: „Die Eltern und Lehrer wollen wissen, was denn nun geschieht.“ Lediglich drei Ausschussmitglieder stimmten für das Absetzen.

Hans Ufferfilge machte für die Verwaltung deutlich, dass am Montag nach einem Beschluss des Verwaltungsaus-

schusses ein Prüfauftrag an den Planer formuliert wurde. So soll planerisch geklärt werden, wie die aktuelle Raumnot an den Grundschulen kurzfristig und perspektivisch beseitigt werden kann. Dabei sollen unter anderem die aktuelle Schülerentwicklung, die Bedarfe der schulischen Inklusion, mögliche Veränderungen der Schuleinzugsbezirke sowie auch die Möglichkeit der Rückübertragung der Liegenschaft Hunte Schule in Erwägung gezogen werden. „Hinzu kommen weitere standortrelevante Aspekte, zum Beispiel die verkehrliche Situation und bis hin zum Neubau einer Schule“, so Ufferfilge. „Die Untersuchung ist nicht nur auf die derzeitigen Schulstandorte fixiert, sondern zunächst ergebnisoffen ausgelegt. Anregungen aller beteiligten Personengruppen fließen in diese Abwägung ein“, betonte Bürgermeister Jens Kuraschinski.

Für Rebensburg ist der Auftrag an den Planer zu spät ergangen und nicht detailliert genug formuliert: „Die Raumnot muss beendet werden. Wir haben die Möglichkeit, die Hunte Schule für wenig Geld hinzubekommen.“ Mit

entsprechenden Maßnahmen könne sie so eingerichtet werden, dass sie als Grundschule zu nutzen ist: „Ich verstehe nicht, dass wir jetzt bei unserer finanziellen Lage auch noch über eine neue Schule reden.“

Stefan Brors (CDU) hingegen sprach von einem Zwangsumzug, der im Raum steht: „So etwas hat es in Wildeshäusen noch nicht gegeben. Es gibt hier nur wenige Vertreter, die für einen Umzug sind.“ Eltern, Lehrer und Schüler seien dagegen: „Außerdem bietet die Hunte Schule nicht genügend Platz. Es werden 20 bis 24 Räume benötigt, aber es stehen dort nur 17 zur Verfügung.“ Damit wäre ein Umzug eine deutliche Verschlechterung.

„Vernünftiger Unterricht kann dort nicht funktionieren. Es muss auch die Lage an der Heemstraße bedacht werden, viele Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto zur Schule, das geht nicht“, so Christa Meenken (FDP). Günther Lübke (CDU) konnte die aufgeregte Diskussion nicht nachvollziehen: „Wir benötigen insgesamt zehn Züge. Und jetzt ist doch ein Prüfauftrag ergangen, der die gesamte Schulstruktur beleuch-

tet. Danach sind wir schlauer und sehen weiter.“ Der Ausschuss sprach sich dafür aus, die Ergebnisse des Planers abzuwarten. Diese sollen bis Ende April dem Arbeitskreis vorgelegt werden.

Während der Einwohnerfragestunde am Ende der Sitzung fragte Christin Rollié, ob es denn zu einem Zwangsumzug kommen könnte. Al lerdings zeigte sie sich recht verärgert, dass sie keine klare Antwort bekam. Lediglich Hitz meinte, dass er sich das nicht vorstellen könne. Aber er könne allerdings nur für sich sprechen.

Für die CDU hatte Gudrun Brockmeyer den Antrag gestellt, eine Schulbus-Haltestelle in der Bauerschaft Holzhausen zu reaktivieren. „Damit soll die Schulwegsicherheit erhöht werden“, betonte Lübke. Brors erklärte, dass ein solches Problem schon einmal am Ochsenbergweg bestanden hätte: „Das haben wir auch positiv begleitet, und der Landkreis hat die Haltestelle aktiviert.“ Kuraschinski betonte hingegen, dass der Landkreis dieses Ansinnen schon einmal abgelehnt habe. Es gebe kaum eine Möglichkeit, eine Änderung herbeizuführen.